

Köln, den 11.06.2024

**Kooperieren für den Frieden!
Vorschläge des AK Zivilklausel zur Beratung des Senats zur Lage im Nahen
Osten und der Bedeutung der Hochschule**

„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden. (...)

Die weite Verbreitung von Kultur und die Erziehung zu Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden sind für die Würde des Menschen unerlässlich und für alle Völker eine höchste Verpflichtung, die im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft und Anteilnahme erfüllt werden muss.

Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss – wenn er nicht scheitern soll – in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden.

Deshalb sind die Vertragsstaaten dieser Verfassung in dem Glauben an das Recht auf ungeschmälerte und gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle, auf uneingeschränktes Streben nach objektiver Wahrheit und auf den freien Meinungs- und Wissensaustausch einig und entschlossen, die Beziehungen zwischen ihren Völkern zu entwickeln, und zu vertiefen, um sie als Mittel zur Verständigung und zur Verbreitung möglichst vollkommener und wahrheitsgetreuer gegenseitiger Kenntnis ihrer Lebensweise zu nutzen.“

Gründungscharta der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), verabschiedet am 6. November 1945

Sehr geehrte Senatoren und Senatorinnen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen, dass der Senat heute die aktuellen Entwicklungen im Nahost-Konflikt und die Bedeutung der deutschen Hochschulen diskutiert.

Es ist notwendig, keine Möglichkeit zu unterlassen, damit in der Region Frieden geschaffen wird. Dafür haben die Hochschulen eine spezifische Bedeutung.

Wir fordern den Senat dazu auf, im Sinne der Grundordnung der Universität die positiven Möglichkeiten und die Verantwortung der Hochschule wahrzunehmen und durch internationale Kooperationen zum Abbau von Feindbildern, zu Konfliktbewältigung und zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen.

Wir schlagen vor, den aktuellen Stand und die Erfahrungen bezüglich der Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen aus Israel, aus Gaza und der Westbank zu erfassen und auszuwerten um zu beraten, wie sie hin auf eine friedensfördernde Entwicklung weiterentwickelt und ausgebaut werden können. Davon sollte bei der nächsten Sitzung des Senats berichtet werden.

Die Zerstörung von Bildungseinrichtungen in Gaza stellt die internationale Wissenschaftsgemeinschaft vor die Herausforderung, der Frage nachzugehen, wie eine unmittelbare (z. B. durch den Ausbau des Programms „Scholars at Risk“) und langfristige Entwicklungsperspektive für die jeweiligen Kolleg*innen und Studierenden sowie für einen Wiederaufbau vor Ort vorangetrieben werden kann.

Viele Grüße

Der Arbeitskreis Zivilklausel der Uni